

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l  
der 17. Sitzung des Bundesrates vom 28. Februar 1964

---

Vorsitz: Hr. Bundespräsident von Moos  
Abwesend: niemand  
Schriftführer: HH. Oser und Weber  
Protokolle: Die Protokolle der 8., 9. und  
10. Sitzung werden genehmigt.  
Beginn: 9 Uhr Schluss: 12 Uhr 20

---

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Schweiz. Beitrag an die UNESCO-Aktion zur Rettung der nubischen  
Denkmäler - Nationalisierungsverhandlungen mit Aegypten

Herr Wahlen bemerkt, dass er der Angelegenheit sehr zwiespältig gegenüberstehe. Auf der einen Seite machen fast alle Länder mit bei dieser Aktion. Auf der anderen Seite hätte Nasser die Mittel gehabt, um die Denkmäler selbst zu retten. Erst nachdem man nun eine Verbindung habe herstellen können, um den Aegypten-Schweizern gleichzeitig zu helfen, sehe das Geschäft etwas anders aus. Die Verhandlungen würden nicht gerade gut verlaufen. Es handle sich gewissermassen um eine Trumpfkarte, die unsere Delegation ausspielen könnte.

Auf eine Frage des Herrn Bundespräsidenten antwortet Herr Wahlen, dass die Verhandlungen rasch zu Ende gehen würden, sei es in günstigem, sei es in ungünstigem Sinne. Der Frankenbetrag an die schweizerischen Nationalisierungsgeschädigten würde in der Schweiz z.T. aus allgemeinen Staatsmitteln bestritten, *falls der Bundesrat den heutigen Beitrag annimmt, und die Delegation die ihr gegebene Kompetenz ausnützt.*

*d.h. bis zum  
Betrag von  
1 Mio. Fr.*

Departement des Innern

ETH, Neubau für das Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung  
und das Rechenzentrum der ETH, zusätzlicher Landerwerb

Der Herr Bundespräsident erkundigt sich, weshalb man hier keine neue Botschaft mache. Herr Tschudi antwortet, dass bei Beiträgen unter 800'000 Franken der Weg des Nachtragskredites in Frage komme. Auch seien die Projektierungsarbeiten für das Bauvorhaben beinahe fertig.

ETH, weiterer Ausbau und der mit ihr verbundenen Anstalten, Bot-  
schaft

Herr Tschudi ersucht den Herrn Bundeskanzler, wenn er die Presse über die Angelegenheit orientiere, auch die Bemerkungen unter "F. Schlussfolgerungen", die sich auf die konjunkturpolitische Seite beziehen, bekannt zu geben.



Der Herr Bundespräsident erkundigt sich, ob die am Schlusse erwähnte Priorität sich auf eine vorhandene Prioritätsordnung stützen könne?

Herr Tschudi antwortet, dass sich für 1964 das Problem nicht stelle. Auf längere Sicht betrachtet würde sich der Streit um die Priorität abspielen. Das EDI möchte schon jetzt darauf dringen, eine gewisse Priorität für die Hochschulbauten zu beanspruchen.

Herr Bonvin möchte die letzten zwei Sätze dieses Abschnittes weglassen.

Herr Tschudi erwidert, dass man dann sagen werde, der Bundesrat habe für die Hochschulbauten kein Verständnis. Man habe sich mit der Bemerkung über die Priorität in keiner Weise festgelegt.

Es wird beschlossen zu sagen "... eine gewisse Priorität eingeräumt werden müsse".

Auf Seite 3 der Botschaft werden beim Worte "übersetzt" die Anführungs- und Schlusszeichen weggelassen. Für Seite 4 übergibt Herr Tschudi dem Herrn Bundeskanzler einen neuen Text als Ersatz für den Satz "bekam für diese letzte Eventualität ihre Trümpfe in die Hand". Es soll heissen: "Allein die Stellung der Gegenpartei .... wurde für diese letzte Eventualität einer Expropriation verstärkt".

#### Justiz- und Polizeidepartement

Beschwerde Louis Jeanmaire, Waldshut gegen EMD betr. Landerwerb

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass man dem Eventualantrag des EMD zustimmen könne. Für eine Abweisung der Beschwerde fehle heute die gesetzliche Grundlage.

Herr Spühler fragt, ob nun dem Beschwerdeführer grosse Nachteile erwachsen würden, wenn er abgewiesen werde. Es sei schwer verständlich, dass man wegen formeller Bedenken nichts solle machen können, trotzdem man sächlich überzeugt sei, dass sich die Abweisung aufdränge.

Herr Bonvin und Herr Schaffner werfen die Frage auf, ob man sich nach dem Manne erkundigen könnte, damit man mit ihm evt. eine Lösung à l'amiable treffen könnte.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass die Angelegenheit schon sehr weit zurückliege (1962). Rechtlich sei keine andere Möglichkeit, als die Beschwerde gutzuheissen.

Beschluss: Dem Antrag des JPD wird zugestimmt mit der Begründung laut Mitbericht EMD.

#### Militärdepartement

Kleine Anfrage Arni vom 3. Oktober 1963

Herr Schaffner wendet sich gegen die Formulierung "in gewissen höheren Lehranstalten". Man soll Farbe bekennen, welche man

28.2.69

meine und nicht alle verdächtigen. In der ganzen Antwort fehle ihm ein positives Element. Man müsse doch feststellen, dass heute der überwiegende Teil der Jungmannschaft positiv eingestellt sei.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der französische Text weniger negativ sei und dass man den deutschen Text dem französischen anpassen sollte.

Herr Chaudet nimmt das Geschäft nochmals zurück. Er werde einen neuen französischen Antworttext entwerfen der den Bemerkungen von Herrn Schaffner Rechnung trage. Dieser Text könne dann ins Deutsche übersetzt werden.

#### X Mirage Beschaffung, Zusatzkredite

Herr Chaudet führt ergänzend zu den schriftlichen Unterlagen, die der Bundesrat erhalten hat, aus, dass das gelbe Dokument noch nicht der definitive Botschaftstext sei. Es handle sich lediglich um eine technische Orientierung zuhanden des Bundesrates.

Es handle sich um eine sehr peinliche Angelegenheit, die ihm schon lange viele Sorgen mache. Die LVK habe während 2 Tagen mit den Diensten der KTA die Sache eingehend behandelt. Der Redner kommt dann auf die Gründe für die riesige Kostenüberschreitung zu sprechen.

Als man die Wahl der Elektronik offen gelassen habe, hätten die Fachleute die mit dem Einbau einer ander Elektronik verbundenen Kosten mangels Erfahrung viel zu niedrig geschätzt. Ähnliche Dinge seien auch in vielen andern Ländern passiert. Hätte man den schwedischen Draken gewählt, so wären die Kosten noch grösser geworden. Was man hier gemacht habe sei die Umwandlung eines Jagdflugzeuges in einen Jagdbomber. Man werde eine Maschine von grosser Klasse herausbringen. Bei der neuen Kostenschätzung habe die KTA alle Sicherheiten getroffen, um keine Ueberraschungen mehr zu erleben. So sei im Betrage eine Reserve von 100 Mio Franken für die Teuerung bis zur Beendigung der Konstruktion vorgesehen.

Man habe die Frage geprüft, wie sich diese Kosten im Finanzplan des EMD einbauen lassen. Man könne die Kosten der Miragebeschaffung im Rahmen der mit dem FZD für den neuen Finanzplan in Aussicht genommenen Militärkredite abtragen, ohne dass damit eine Schwächung unserer Landesverteidigung verbunden wäre. Man sei bei der Schätzung der Militärausgaben davon ausgegangen, dass man für die Landesverteidigung 3 - 3,5 % des Volkseinkommens verwenden dürfe. Als weitere Probleme der Rüstung erwähnt der Redner u.a. die Motorisierung der Artillerie, und die Neugestaltung der Politik der Luftverteidigung.

Unter den Vorteilen des Mirageflugzeuges sei noch besonders hervorzuheben, dass es auf sehr kurzen Pisten landen könne. Das gewählte Flugzeug werde uns auch von Vorteil sein für die spätere Beschaffung von Maschinen. Das Schlimmste was nur noch passieren könnte, wäre der Verlust einer Maschine im gegenwärtigen Entwicklungsstadium.

Herr Bonvin stellt fest, dass es sich hier um eine Angelegenheit handle, die uns sehr grosse Schwierigkeiten bringen werde.

1. Die Arbeitsmethode zwischen dem EMD und dem Bundesrat und zwischen Bundesrat und eidgenössischen Räten habe Mängel aufgezeigt, indem man schliesslich das Engagement habe übernehmen müssen, das Techniker eingegangen seien, ohne dazu berechtigt zu sein.
2. Die Kostenerhöhung sei eine natürliche Folge der Aenderung der Konzeption von 1961 in die Konzeption von 1964.
3. Wenn man jetzt mit einer solchen Botschaft herauskomme, werde das auf die Volksabstimmung über die Dämpfung der Konjunkturüberhitzung katastrophale Wirkungen ausüben.

Man müsse bei der weiteren Zusammenarbeit mit dem EMD, das man nicht im Stiche lassen werde, vor allem an diese drei Punkte denken.

Herr Spühler findet, dass man hier einen recht schweren Brocken werde schlucken müssen. Gegen das Erscheinen einer solchen Botschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt der Behandlung der Massnahmen zur Dämpfung der Konjunkturüberhitzung, sollte die Volksabstimmung über die Dämpfungsmassnahmen am 24. Mai stattfinden, so könnte man sich fragen, ob man mit der Miragebotschaft nicht erst in der Junisession herauskommen sollte. *heute er-grosse Bedenken*

Der Sprechende bemerkt, dass er die erste Miragebotschaft und die Mitberichte von damals wieder angeschaut habe. Man sei damals schon etwas unter dem Eindruck gestanden, dass man sich finanziell in ein Abenteuer begeben. Auch heute sei man offenbar noch im Unklaren was die Endzahlen betreffe.

Die erste Frage, die sich einem stelle, sei die, ob sich die Lizenzfabrikation von Waffen bewähre? Man habe sich immer mit Rücksicht auf die eigene Industrie dafür entschieden. Man habe offenbar der Schweiz. Industrie zu viel helfen wollen. Man rechne von Anfang an damit, dass die Lizenzfabrikation ungefähr 20 % teurer kommt. Das führe dazu, dass man immer weiter entwickle, im Bestreben immer auf der höchsten Stufe zu stehen. Jede Waffe ist beim Uebergang zur Serienfabrikation schon durch eine andere überholt. Die Forderung, immer das Beste haben zu wollen, führe automatisch zu Kostenüberschreitungen. Diesen Kräften könne man sich nur entziehen, wenn man einmal erkläre, bis hierher und nicht weiter.

Was die Politik unserer Luftraumverteidigung betreffe, werde man sich auf Grund eines Berichtes des Generalstabschefs entscheiden müssen, ob man so weiterfahren wolle oder nicht. Er habe das unangenehme Gefühl, dass man in dieser Angelegenheit als Bundesrat zu wenig oft orientiert und auf dem Laufenden gehalten worden sei. Der Bundesrat sei wie der Chef des EMD in diese Situation hineingezogen worden. Die Stellen, die sich mit der Fabrikation des Mirage befasst hätten, hätten Beschlüsse gefasst, die weit über ihre Kompetenzen hinausgegangen seien.

Der Sprechende sehe die zweite Mirage-Serie noch nicht, da er sich nicht vorstellen könne, wie man dabei noch die übrigen Auf-

gaben der Landesverteidigung lösen wolle. Er möchte sich für die Zukunft die Entscheidungsfreiheit in jeder Hinsicht wahren, wenn man jetzt den Nachtragskredit verlange. Herr Chaudet möge sagen, ob es möglich sei, mit dieser Antragstellung noch zuzuwarten.

Herr Tschudi führt aus, dass die Ausgaben engagiert seien. Er verstehe jetzt die schweren Sorgen, die Herrn Chaudet quälen. Er teile die Auffassung von Herrn Bonvin, dass der Bundesrat dem EMD behilflich sein müsse, um aus allem herauszukommen. Man sollte zuerst prüfen, ob man nicht doch noch etwas bremsen und einsparen könne. Man müsse auch prüfen, ob der leitende Fachbeamte kompetent sei oder ausgewechselt werden sollte. Diese Frage werde von der Öffentlichkeit sicher gestellt werden.

Was den Einfluss auf die Konjunkturpolitik betreffe sehe er schwarz. Wenn man warte mit der Orientierung bis nach der Volksabstimmung, werde man uns sagen, wir hätten das Vertrauen missbraucht. Den eidg. Räten könne man nicht nur mit technischen Erklärungen kommen. Man müsse das Ganze auf eine höhere Stufe heben. Man werde sagen müssen, dass man die ganze Politik der Waffenbeschaffung überprüfe. Im Ausland hätten sich solche Dinge auch ereignet und man werde Wege suchen, um solche Ueberraschungen zu vermeiden.

Herr Wahlen glaubt ebenfalls, dass man die Pille werde schlucken müssen. Es wäre äusserst unangenehm, mit der Sache herauszurücken, bevor nicht wenigstens die eidg. Räte über die konjunkturpolitischen Massnahmen entschieden hätten. Wenn man mit der Botschaft bis im Juni warte, käme es sicher zu einer Vertrauenskrise. Am besten wäre man dran, wenn man mit der Botschaft sobald wie möglich herausrücken könnte. Zeitmässig befinde man sich allerdings in der grössten Schwierigkeit.

Unsere militärischen Fachleute neigen ganz einseitig zum Perfektionismus, ohne viel staatsbürgerliches Verständnis zu besitzen. Er frage sich, ob es nicht besser gewesen wäre, den Mirage so zu beziehen, wie ihn die Franzosen offeriert hätten, statt eine Kombination mit der amerikanischen Elektronik usw. zu suchen? Sollte uns nur mit den Prototypen noch ein Unfall zustossen, wäre das Debakel vollkommen. Herr Wahlen ist auch der Meinung, dass wir unsere Militärpolitik im Hinblick auf die Bewaffnung überprüfen müssten und dass dies in der Botschaft gesagt werden sollte. Das was heute an Unterlagen vorhanden sei (gelbe Blätter), das sei eine Verteidigungsschrift der Verantwortlichen.

Wenn die Bemerkung von Herrn Chaudet zutreffe, dass diese Kostenüberschreitung im Budget Platz habe, dann müsse man sich schon fragen, wie denn eigentlich budgetiert worden sei. Die ganze Kritik richte sich nicht gegen den Chef des EMD, aber gegen seine fachtechnischen Berater.

Was das Material zur Botschaft betreffe, werde auf Seite 2 von der Handhabung der Neutralitätspolizei gesprochen. Man sollte statt dessen sagen: "Die Wahrung der Integrität des Luftraumes".

Man müsse sich auch darüber klar werden, wer die militärpolitische Seite überprüfe. Sollte nicht ein kleines Expertengremium gebildet werden? Es heisse auf Seite 2 auch, dass wir nun eine stärkere Luftverteidigung erhalten würden. Uns fehle aber der Radar zu Freund/Feind-Erkennungszwecken. Es bestehe so die Gefahr, dass wir die eigenen Flugzeuge abschiessen. Herr Wahlen macht zum Schlusse nochmals darauf aufmerksam, dass man nicht wisse, wo man hinkomme, wenn man gewissen Leuten Anfangskredite gebe.

Herr Schaffner bemerkt, in konjunkturpolitischer Hinsicht werde man mit dem besten Willen die Abstimmung nicht so früh ansetzen dürfen, wie man gewünscht habe. Man erkläre uns, wenn wir jetzt die Katze im Sacke verkaufen möchten, dann werde man uns die grössten Schwierigkeiten machen. Das Geld, um unsere Konjunkturdämpfungsbeschlüsse zu bekämpfen, sei vorhanden.

Man müsse durch eine kluge und massvolle Politik der Nationalbank und eine vernünftige Handhabung des Baubeschlusses Vertrauen schaffen. In diese politische Situation müsse man nun die Miragebotschaft hineinmanöverieren. Konjunkturpolitisch wäre es richtig, wenn man möglichst viel von der Fabrikation im Ausland machen könnte. Alles was so abgeladen werden könnte, würde unsere Inlandwirtschaft nicht anzünden. Bei dieser Bemerkung handle es sich um die Anregung einer Prüfung.

Der Perfektionismus und die Manie des Mehrzweckes sei eine schweizerische Sucht, die man überall, nicht nur beim Militär, finde. Wenn wir soviel wie möglich von der Fabrikation ins Ausland vergeben, so zeige man damit, dass man bereit sei, die Lehren aus den üblen Erfahrungen zu ziehen. Herr Oberstdivisionär Kuenzy, der Chef der KTA, wehre sich energisch, habe aber in den Franzosen einen äusserst schwierigen Partner.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass die Behauptung, die Techniker seien Verpflichtungen eingegangen, die sie nicht hätten eingehen dürfen, die Frage nach der Verantwortung rufe und es auch nötig erscheinen lasse, die personellen Konsequenzen zu ziehen.

Die Anträge 1 und 2 seien unbestritten.

Es müsse geprüft werden, ob nicht die Möglichkeit bestehe, Brems- und Sparmassnahmen durchzuführen. Wegen der Ankündigung der Botschaft sollte man nicht zu subtile Ueberlegungen anstellen. Ein grosser Teil des Geldes für die Mirage gehe ins Ausland und belaste unsere Konjunkturpolitik nicht. Was die Dämpfungsmassnahmen betreffe, sei die psychologische Situation im Volke gegenwärtig recht günstig. Die Bezeichnung der ständerätlichen Kommission "Bekämpfung der Teuerung", halte er nicht für glücklich. Er hätte lieber die Formel gehabt "Inflationsbekämpfung". Wenn der Index trotz der Dämpfungsmassnahmen noch weiter steige, werde sich viele als irreführt fühlen. Herr Chaudet solle darüber Aufschluss geben, ob Möglichkeiten bestünden zu warten. Der Sprechende sei der Auffassung, dass man mit einem gewissen Mute an die eidgenössischen Räte gelangen müsse.

<sup>A</sup>  
Herr Chaudet dankt dafür, dass die Herren Kollegen so viel Verständnis für seine schwierige Lage bekundet hätten. Er gibt bekannt, dass der Herr Generalstabschef äusserst deprimiert sei. Er bemerkt weiter, dass es schwierig sei, Verantwortliche zu suchen. Die eingesetzte Arbeitsgruppe habe ihr bestes gemacht. Sie habe uns tatsächlich die beste Maschine vorgeschlagen, die in Frage gekommen sei. Die Elektronik der Mirage sei ungenügend gewesen. Man habe mit einer Equipe vorwärts machen müssen, die zu wenig Erfahrungen gehabt hätte, um zuverlässig die Kostenentwicklung im voraus beurteilen zu können. Heute habe man eine ausgezeichnete Leitung in der KTA. Der technische und der kaufmännische Dienst habe die ganze Arbeit der Mehrkostenberechnung durchgeführt und zwar äusserst gründlich und vorsichtig, um irgendwelche Ueberraschungen auszuschalten. Vor einem Jahr hätten die Dienste der KTA den Auftrag erhalten. Dann sei die Ueberraschung gekommen. Herr Chaudet hätte das nicht geschehen lassen, ohne die Kollegen zu orientieren. Der Vorwurf des Perfektionsismus könne z.B. nicht erhoben werden, soweit es sich darum gehandelt hätte, die Landestrecke zu verkürzen. Es sei deshalb auch sehr schwer zu sagen, wer verantwortlich sei.

Wenn man die Kredite nicht in der Junisession verlangen könne, wären die Konsequenzen sehr unangenehm. Wenn man nämlich dann nicht mit der Botschaft herauskomme, werde es heissen, dass man nicht wolle. Auf Grund der Ausführungen des Vorstehers des EMD hätten sich aber die Kommissionsmitglieder schon gewisse Vorstellungen gemacht. Man habe ihm Zahlen verlangt. Die Presse sei auch schon mit Zahlen herausgerückt in der Grössenordnung von 300 Mio. Deshalb müsse man mit offenen Karten spielen. Die Angelegenheit Mirage werde eine grosse Aufregung bringen. Man habe im neuen Finanzplan bereits einen gewissen Rahmen vorgesehen für die Luftverteidigung. Hier habe man noch gewisse Margen.

Ueber das Problem der Konstruktion und des Lizenzbaues in der Schweiz, habe man bereits in der Botschaft gesagt, dass damit eine Teuerung von 10 - 20 % verbunden sei. Die Räte hätten das damals akzeptiert. Man müsse heute nicht die ganze bisherige Doktrin ändern. Die Angelegenheit lasse sich regeln, wenn man weiterhin mit einem Budget von 3,5 % des Volkseinkommens für die Landesverteidigung rechnen könne. Im Verhältnis zu andern Staaten sei das bescheiden.

<sup>G</sup>  
Herr Tschudi insistiert darauf, dass man schauen müsse, noch etwas einzusparen.

<sup>A</sup>  
Herr Chaudet erklärt, dass die LVK sehr vernünftig sei. Er habe keine Schwierigkeiten mit ihr. Auch Oberstkorpskdt. Zübelin verstehe die politischen Aspekte einer Sache sehr gut. Man müsse sich fragen, ob es wirklich ein Nachteil sei, wenn gewisse Offiziere an unsere Landesverteidigung weitergehende Forderungen stellen. Unsere Offiziere kennen die Bedürfnisse der Landesverteidigung sehr gut.

Der Redner weist nochmals auf die Schwierigkeiten hin, die sich ergeben, wenn man mit Objektkrediten arbeiten müsse.

Herr Bonvin stellt fest, dass die eidgenössischen Räte einen Kredit bewilligt hätten, um den Mirage zu kaufen. Nun habe man daraus einen schweizerischen Mirage gemacht. Er frage sich, ob man das nicht hätte bekannt geben sollen. Was ihn beunruhige sei, dass man vor einiger Zeit gehört habe, es handle sich um Mehrkosten von 300 Mio. Jetzt sei die Rede von 570 Mio. Da spiele etwas nicht. Man könne nicht zuerst Kredite verlangen und dann solche Aenderungen vornehmen ohne den Bundesrat und evt. die eidg. Räte zu orientieren.

Herr Chaudet bemerkt, dass die KTA vorsichtshalber noch eine Teuerungsreserve von 100 Mio vorgesehen habe. Der schweizerische Mirage unterscheide sich vom französischen, vor allem *den* nach die Elektronik. Man könne uns kaum einen Vorwurf machen, dass wir die beste Elektronik wollten. Das Profil des Flugzeuges bleibe das gleiche, es bleibe ein Mirageflugzeug. Der Sprechende wiederholt, dass die Zahlen sehr vorsichtig gerechnet worden seien. Für die Luftverteidigung werde man einen Plafond von 2,5 Milliarden nicht übersteigen.

Herr Bonvin kann dem zustimmen, wünscht aber, dass man in der Botschaft die Widersprüche rechtfertige, mit dem was man 1961 erklärt habe. *Er wird den Mitgliedern noch Vergleichstabellen zukommen lassen.*

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der Rat heute dem Botschaftsentwurf nicht zustimme.

Herr Spühler wünscht, dass in der Botschaft militärpolitische Ueberlegungen gemacht werden.

Herr Chaudet nimmt von dieser Anregung Kenntnis. Die Botschaft könne Ende März oder Anfangs April herauskommen.

Es wird beschlossen, dass die Miragebotschaft den eidg. Räten jetzt angekündigt werden soll.

#### Finanz- und Zolldepartement

##### Revision der BRB über die Bezeichnung der Produkte, die mit verbilligtem Sprit hergestellt werden dürfen

Die Differenz zwischen FZD und JPD bezüglich Art. 7 und 8 ist nach Auffassung von Herrn Tschudi von derart untergeordneter Bedeutung, dass es am richtigsten erscheine, wenn man die Angelegenheit an die Abteilungen zurückweise mit dem Auftrag, sich zu verständigen.

Herr Schaffner findet, dass man bei der Alkoholverwaltung entsetzlich kleinlich sei, wenn man in Art. 4 die Position "Spiritus Melissaе compositus" und "Spiritus Menthae" von der Bewilligung ausnehme.

Es wird beschlossen, die Vorlage heute zu verabschieden in zustimmendem Sinne unter Vorbehalt einer Prüfung der Differenzen zu Art. 7 und 8 und der Anregung Schaffner zu Art. 4.

#### Aussprachen



Justiz- und PolizeidepartementAntwort auf Interpellation Akeret betr. Verlängerung der BB über den Erwerb der Grundstücke durch Ausländer

Der Herr Bundespräsident hat den Text seiner Antwort austeilen lassen. Er bemerkt gegenüber einer Anfrage von Herrn Wahlen, dass sich in der Antwort auch ein kurzer Hinweis auf die Auslandschweizer finde.

U m f r a g eHr. T s c h u d iMassnahmen zum Schutze des Inlandtabakbaues

Herr Tschudi wünscht, dass das Geschäft noch dem EDI zum Mitbericht überwiesen werde. Herr Bonvin ist damit einverstanden.

Hr. C h a u d e tTruppen für den Ordnungsdienst bei internationalen Konferenzen

Herr Chaudet orientiert über die Massnahmen, die das EMD getroffen hat, damit während des ganzen Jahres Truppen verfügbar sind für den Fall, dass solche für den Ordnungsdienst an internationalen Konferenzen benötigt werden. Man werde mit Ausnahme der Monate Juli und August das ganze Jahr hindurch Truppen in der Ausbildung haben. Für die Zeit von Juli und August werde das EMD Massnahmen treffen, um nötigenfalls Truppen aufbieten zu können. Man werde in der ganzen Armee Ausbildung für den Ordnungsdienst betreiben.

EXPO 1964, Teilnahme an der Bäuerinntagung und Artikel für Wirtezeitung

Herr Chaudet wurde angefragt, ob er an der Bäuerinntagung der EXPO teilnehmen wolle und ferner ob er einen Artikel für die Wirtezeitung schreiben werde. Der Rat ist der Meinung, dass man in beiden Fällen negativ antworten sollte. In diesem Zusammenhang teilt Herr Wahlen mit, dass er einen Artikel für die (Landi 1939 und EXPO 1964) übernommen habe. Der Herr Bundespräsident hat es übernommen, im "Vaterland" einige Worte über die EXPO 1964 zu schreiben.

1. Augustansprache im Zusammenhang mit der Feier des Eintritts Neuenburgs in den Bund der Eidgenossen

Herr Bonvin erklärt sich bereit, diese Ansprache zu übernehmen. Die Einladung nach Tramelan wird abgelehnt. (*in Bundeskanzlei*)

Hr. S p ü h l e rVerbot des Verkaufs des "Blick" in den Bahnhofskiosken

Herr Spühler teilt mit, dass er eine Eingabe der Schüler der Verkaufsschule Bern erhalten habe wegen eines Artikels über den

Selbstmord des Lehrers Braun, der an dieser Schule unterrichtete. Verlangt werde, dass die SBB die Weisung erteile, dass der "Blick" in den Kiosken nicht mehr verkauft werden dürfe. Die SBB wären an sich berechtigt, ohne Begründung Zeitungen zurückzuweisen oder Zeitungen nicht in den Kiosken in Aushang zu bringen, sondern nach "hinten zu legen". Solche Massnahmen hätten aber meistens nur den Einfluss, den Umsatz des betreffenden Blattes zu stützen, eine Erfahrung, die die SBB z.B. mit dem "Spiegel" gemacht hätten. Herr Spühler möchte daher die nachgesuchte Massnahme nicht anordnen.

Herr Schaffner ist mit dieser Auffassung einverstanden. Er habe bisher wegen der Belastung durch die "Konjunkturdämpfung" den Stadtammann von Zofingen nicht empfangen.

Herr Spühler will den Schülern einen Brief schreiben, um ihnen seinen Standpunkt zu erläutern, wobei er darauf Rücksicht nehmen werde, dass der Brief evt. von den Empfängern veröffentlicht werden wird.

#### 775. Geburtstag des Hafens Hamburg, Einladung des Senatspräsidenten

Herr Spühler hat eine Einladung in seiner Eigenschaft als Transportminister erhalten. Bundeskanzler Erhard werde die Festansprache halten.

Herr Schaffner findet, dass Herr Spühler hier machen könne, was er wolle. Er mache jedoch darauf aufmerksam, dass man nach dem Protokoll der Deutschen als schweizerischer Bundesrat sehr schlecht behandelt werde.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der Bundesrat mit der Teilnahme von Herrn Spühler einverstanden sei.

Hr. S c h a f f n e r

#### Beschluss der Einigungskonferenz für das Arbeitsgesetz

Herr Schaffner gibt bekannt, dass die Einigungskonferenz mit allen gegen 4 Stimmen den Vermittlungsantrag angenommen habe. Heute noch würden wahrscheinlich die Gewerkschaften den Rückzug der Arbeitszeitinitiative beschliessen.

#### Milchbeschluss; nationalrätliche Kommission

Herr Schaffner teilt mit, dass die nationalrätliche Kommission dem Beschlusse ebenfalls zugestimmt habe. Sie wolle ihn dringlich erklären und um ein Jahr verlängern.

#### Konjunkturdämpfungsmassnahmen; ständerätliche Kommission

Herr Schaffner teilt mit, dass die Kommission beiden Beschlüssen mit wenigen Aenderungen zugestimmt habe, wobei sich Herr Teus beim Baubeschluss der Stimme enthalten habe. In den Fraktionen müsse man vor allem die mit dem Antrag Tschanz verbundenen Ideen bekämpfen.

Baukoordinator

Herr Schaffner teilt mit, dass er nach der Absage von Herrn Gerber sich entschlossen habe, auf Herrn Schwegler, ehemaliger Baudirektor von Luzern im Ruhestand, zu greifen. Herr Schwegler habe die Wahl angenommen.

Herr Chaudet empfiehlt, Herrn Oberst Frei von der Abteilung für Genie und Festungswesen beizuziehen, der vielleicht in Frage kommen könnte, um den Baukoordinator zu unterstützen.

Der Herr Bundespräsident ersucht Herrn Schaffner, den Antrag schriftlich einzureichen, damit man am Montag auf Grund eines formellen Antrages entscheiden könne.

Hr. B o n v i nFinanzierung der Nationalstrassen

Herr Bonvin hat einen Bericht ausarbeiten lassen, der ausgeteilt werden soll als Dokumentation für später.

Kampf gegen Konjunkturüberhitzung

Herr Bonvin bittet die Herren Kollegen sich die Frage zu überlegen, ob man nicht ein beratendes Gremium von Wissenschaftern bilden sollte für Fragen der Konjunkturpolitik.

Erinnerung an den Ausbruch des 1. Weltkrieges am 1. August 1914

Auf Anregung von Herrn Bonvin wird beschlossen, diese Frage in einer späteren Sitzung unter "Aussprache" zu behandeln.

PräsidentialvorbringenGrundbuchvermessung, Kostenanteile. Stellungnahme der nationalrätlichen Kommission

Der Herr Bundespräsident orientiert über das Ergebnis der Beratungen der nationalrätlichen Kommission, die bei den Artikeln 1, 2 und 3 eine Marge von 10 % eingebaut hat. Bisher sei überall nur die obere Grenze genannt gewesen, nun sei aber auch eine untere Grenze eingeführt worden, die nur 10 % darunter liege. In Art. 2, Abs. 2 sei ein Antrag angenommen worden, der eine Erhöhung des Nachführungsbeitrages für finanzschwache Berggemeinden von 40 auf 50 % vorsieht. Die Kosten nach Art. 2, Abs. 2 werden den Bund mit 100'000 Franken jährlich belasten und die übrigen Massnahmen mit 150'000 Franken. Die Beschlüsse seien einstimmig gefasst worden.

Herr Schaffner bemerkt, dass man immer wieder in den Kommissionen mit Leuten zu tun bekomme, die über ihre eigenen Interessen entscheiden und damit Richter in eigener Sache seien. Er habe deshalb angefangen zu erklären, dass er gezwungen sei, die Vorlage nochmals zurückzunehmen, um die finanziellen Konsequenzen abzuklären. Damit erreiche er manchmal, dass etwas mehr Zurückhaltung geübt werde.

- 12 -

Einladung Schweiz. Fussballverband zum Länderspiel Schweiz/  
Belgien

Die Einladung geht an das EMD zwecks Abordnung eines höheren Offiziers (s. Beschlussprotokoll).

Einladung Despland, Veranstaltung in der Schulwarte über  
EXPO 1964

Die Einladung ist individuell zu beantworten.

Sammlung Monnier für Leprakranke

Der Herr Bundespräsident erinnert daran, dass der Bundesrat gegenüber der Idee Monnier, einen neuen Appell an die Beamten anlässlich der kommenden Besoldungserhöhung zu richten, das letzte Mal eher skeptisch eingestellt gewesen sei.

Herr Bonvin bemerkt, dass das Resultat der Sammlung von 1/4 Millionen Franken recht beachtlich sei.

Auf Antrag des Bundeskanzlers beschliesst der Rat, Herrn Monnier zu schreiben, dass er vom Ergebnis der Sammlung Kenntnis genommen habe und seine bisherige Tätigkeit anerkenne. Damit solle es aber sein Bewenden haben.

Balzanstiftung

Der Herr Bundespräsident stellt mit Befriedigung fest, dass Herr Segni nicht so zurückhaltend gewesen sei, wie man befürchtet habe. Was die Leute an der Balzanstiftung am meisten störe, sei die Sperre der Zahlungen der Stiftung Fondo. Herr Danielli habe wegen der von der Schweiz geforderten Steuermillionen protestiert. Es müsse sich hier um eine Angelegenheit des Kantons Tessin handeln. Man sollte sich intern darüber erkundigen. Der Herr Bundespräsident ~~will~~ ein kurzes Dementi ~~am~~ Abend der Presse aussprechen. *(ersucht Herrn Ischudi, dazu)*  
*(anlässlich einer Zusammenkunft mit)*

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 16. Sitzung vom 25. Februar 1964 wird mit einer Aenderung beim Geschäft "Stiftung Balzan" genehmigt.

\* \* \*